



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/136 - 21. Juni 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Für eine nationale Kulturpolitik 90

Der Landesparteitag in Straubing bringt die kulturpolitische Konzeption der SPD

Von Bruno Friedrich

3 - 5 Schatten über Südtirol 118

Zu den bevorstehenden österreichisch-italienischen Verhandlungen

Von Richard Reitzner, MdB

6 Vermischung von Staats- und Parteimacht 30
Bundeswehrflugzeug im CDU-Wahlkampf

7 - 8 Feinlich für die Kieler CDU 64

Der Fall des früheren SS-Generals Winkelmann

* * *
* *

Für eine nationale Kulturpolitik

Von Bruno Friedrich

Der von dem CDU-Kulturpolitiker Dr. Berthold Martin in Bonn herausgegebene CDU-halbjährliche "Akademische Dienst", der die undankbare Aufgabe hat, eine bis heute fehlende Kulturpolitik der CDU zu verkaufen, ist in die Rolle des Propheten geraten, der den anderen - hier der SPD - Unfähigkeit nachsagt als Entschuldigung dafür, dass man selbst - nämlich in der CDU/CSU - unfähig ist; in diesem Falle unfähig, eine der Zeit gemässe Kulturpolitik zu entwickeln. Schrieb doch der "Akademische Dienst" am 16. Juni:

"Die kulturpolitische Aktivität der SPD ist seit einigen Monaten stark rückläufig. Vor Beginn des Wahlkampfes 1957 hatte die SPD in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Aktivität entfaltet. 1956 fand ein Kongress "Mobilisierung des Geistes" statt, der seinen Niederschlag in Waldemar von Knoeringens "Plan Z" ('Die Zukunft meistern') fand. Seit der Krankheit von Knoeringens scheint der 'Plan Z' zu den Akten gelegt zu sein. Die Sozialdemokratie hat auch gegenüber dem Wissenschaftsrat keinerlei Initiativen zu entfalten versucht".

Zunächst verdient die vom "Akademischen Dienst" vertretene CDU Dank dafür, dass sie endlich die kulturpolitischen Initiativen der SPD anerkennt. Diese Initiativen kamen immerhin sieben Jahre früher als die ersten Gehversuche der CDU in Gelsenkirchen, wo Fraktionsvorsitzender Dr. Krone ausdrücklich betonte, dass dieser erste CDU-Kongress ein Anfang sei. Der Hinweis auf die kulturpolitische Aktivität Waldemar von Knoeringens ist ein weiteres Eingeständnis kulturpolitischer Fehleinschätzung der CDU/CSU. Wie oft hat man diesen sozialdemokratischen Politiker abgewertet als "kulturpolitischen Minnesänger", als "Don Quichote der Bildung", als "Mann mit schönen, aber unrealistischen Plänen", nur weil Waldemar von Knoeringens immer und immer wieder erklärte, dass die demokratische Bildungsgesellschaft die einzige Alternative zur totalitären, also auch kommunistischen Gesellschaft ist, weil er Kulturpolitik als wesentliches Element einer grosszügig angelegten Gesamtpolitik wertete und von dieser Sicht her die entsprechenden Anstrengungen des Bundes und der Länder forderte. Welch klägliches Bankrott der CDU, wenn sie heute meint, dass eine Krankheit Waldemar von Knoeringens das Ende sozialdemokratischer Kulturpolitik bedeutet, wenn sie damit über ihr eigenes Versagen hinwegzutäuschen versucht, wenn sie von der SPD Initiativen g e g e n ü b e r dem Wissenschaftsrat fordert, wo doch aktenkundig nachzuweisen ist, dass der Wissenschaftsrat d u r c h die Initiativen der SPD geschaffen wurde.

Noch kläglich ist die Prophezeiung über das Ende der kulturpolitischen Initiativen der SPD. Es ist das besondere Pech des CDU-Kulturpolitikers Dr. Martin, dass er diese Prophezeiung in

seinem Blatt acht Tage vor dem Landesparteitag der SPD Bayerns in Straubing verkünden liess, der Ausgangspunkt einer neuen kulturpolitischen Initiative der Sozialdemokratie sein wird. Vor den Delegierten des Landesparteitages wird Waldemar von Knoeringen die umfassende kulturpolitische Konzeption der SPD entwickeln. Sie wird die Zusammenfassung und praktische Konkretisierung dessen sein, was in der Sozialdemokratie seit 1954 über kulturpolitische Fragen diskutiert worden ist. Im Gegensatz zur CDU/CSU ist die SPD in ihrer Diskussion heute so weit fortgeschritten, dass sie sowohl im Grundsätzlichen als auch in den praktischen Vorschlägen eine der pluralistischen Gesellschaft und Staatsordnung gerecht werdende Kulturpolitik entwickeln kann.

Waldemar von Knoeringen wird in Straubing Vorschläge für eine nationale Kulturpolitik unterbreiten. Definitiv wird aufgezeigt werden, dass eine nationale Kulturpolitik möglich ist, ohne die Kulturhoheit der Länder und die föderative Ordnung der Bundesrepublik aufzugeben. In Straubing wird Aufschluss gegeben werden über die Vorstellungen der SPD in den Fragen der Wissenschaftsförderung durch Bund und Länder und einer klaren Zuständigkeitsabgrenzung auf diesem Gebiet, ausserdem über die Schaffung eines für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Kulturrates, der durch seine Tätigkeit die Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft und Forschung sichern soll. Definitive Vorschläge werden darüber unterbreitet, was nach Meinung der SPD die Länder tun müssen, um endlich auf kulturpolitischem Gebiet die Voraussetzungen für eine wirksame Entwicklungshilfe zu schaffen.

Die kulturpolitische Konzeption der Sozialdemokratie bringt auch eine Auseinandersetzung mit den grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen der CDU/CSU. Es wird dabei in aller Offenheit und sehr nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass in der Auffassung vom Wesen der Demokratie fundamentale Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und CDU/CSU bestehen. Unter anderem erfolgt eine Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen der CDU, wie sie auf dem CDU-Kulturkongress in Gelsenkirchen, z.B. von Dr. Eugen Gerstenmaier und Direktor Bernhard Hanssler, vertreten worden sind.

Der Landesparteitag der SPD Bayerns wird nicht nur die Bestätigung dafür sein, dass die Sozialdemokratie von ihrer gesellschaftspolitischen Auffassung her -deren Fundament das Godesberger Programm ist- in der Bundesrepublik als einzige, den Anforderungen des 20. Jahrhunderts entsprechende, demokratische Alternative zur CDU/CSU gelten muss; das kulturpolitische Programm der SPD wird zugleich sehr nachdrücklich das kulturpolitische Versagen der bisherigen Regierungspartei und damit auch die Grenzen konservativer Politik in unserer Zeit offenlegen.

* * *

21. Juni 1961

Schatten über Südtirol

Von Richard Reitzner, MdB.

Am 24. und 25. Mai 1961 trafen in Klagenfurt eine österreichische und eine italienische Delegation unter Führung der Außenminister Dr. Kreisky und Segni zusammen, um im Sinne und im Rahmen der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 31. Oktober des Vorjahres einstimmig angenommenen Resolution Verhandlungen über die aus der Erfüllung des Pariser Abkommens vom 5. September 1946 entstandenen Meinungsverschiedenheiten zu führen. Die damals unterbrochenen Verhandlungen werden nun am 24. Juni in Zürich fortgesetzt. In Klagenfurt sind in sachlicher Hinsicht Fortschritte erzielt worden. Inzwischen hat sich leider die Lage durch die unsinnigen Bombenanschläge in Südtirol - die Urheber sind noch immer nicht gefunden - und durch die rasche Verabschiedung einer Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes im italienischen Senat verschärft.

Um die gegenwärtige Lage beurteilen zu können, erscheint es geboten, an die italienische Note vom 5.5.1961 zu erinnern. In der Note betont die italienische Regierung neuerlich die Überzeugung, den Verpflichtungen, die aus dem Pariser Vertrag entstanden sind, vollends nachgekommen zu sein. Sie erklärt sich jedoch bereit, jeden "konkreten Gegenstand, der für die deutschsprachige Bevölkerung der Provinz Bozen von Interesse sein könnte, im Geiste einer weitgehenden Einsicht zu überprüfen". Die römischen Vorschläge sehen keine Änderung des Autonomiestatus vor, sie sprechen lediglich von der Übertragung von Verwaltungsbefugnissen, nicht aber von Gesetzgebungsbefugnissen von Seiten des Staates und der Region an die Provinz.

Gleichzeitig begann eine neue politische Offensive der italienischen Regierung gegen die Südtiroler.

Mit der Ausweisung bedroht

Der italienische Staat hat die Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes beschlossen, wodurch u.a. die Möglichkeit geschaffen werden soll, "Personen, welche die Staatsbürgerschaft auf Grund von Sondergesetzen erhalten oder zurückerhalten haben" durch einen Verwaltungsakt - also nicht etwa durch ein gerichtliches Urteil - die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn sie "Handlungen begehen, die mit den Pflichten der Treue zur Republik und zu deren Einrichtungen unvereinbar sind". "Unvereinbar mit den Pflichten der Treue zur Republik"

werden in Zukunft alle Bestrebungen von Südtirolern nach einer Landesautonomie und nach einem vermehrten Schutz der deutschen Minderheit im italienischen Staat gelten. Die Folgen dieser Bestimmung, die sich gegen die auf Grund des Gruber- de Gasperi-Abkommens wieder ins italienische Bürgerrecht aufgenommenen südtiroler "Optanten" richtet, würden unübersehbar sein. Als Optanten werden jene Südtiroler bezeichnet, die sich gemäss dem Hitler-Mussolini-Abkommen für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden. Es handelt sich dabei um die grosse Mehrheit der Südtiroler. Das Abkommen wurde nach dem Kriege von den Alliierten aufgehoben. Durch das neue Staatsbürgergesetz wäre also die Mehrheit der deutschen Bevölkerung mit der Ausweisung bedroht. Ein Staat, der sich wie Italien, zum Kreis demokratischer Rechtsstaaten rechnet, sollte sich scheuen, mit solchen Gedanken auch nur zu spielen.

Das Doppelgesicht der "Democrazia Cristiana" wird nun auch für jene, die noch Zweifel hatten und den christlich-abendländischen Beteuerungen glaubten, sichtbar. Die "Democrazia Cristiana" darf sich daher nicht wundern, wenn sich ein Vergleich aus der letzten Zeit aufdrängt: Ein afrikanischer Staat hat das Commonwealth der britischen Krone verlassen müssen, weil er seit Jahr und Tag nicht davon ablässt, eine Politik der kalten Verdrängung von Menschen aus ihren Gebieten und redlich erworbenen Arbeitsplätzen zu verfolgen, von Menschen, deren einzige Schuld darin liegt, nicht gleicher Abstammung wie das in diesem Staate herrschende Volk zu sein.

In zweitrangige Stellung gedrängt

Das Südtirol-Problem erscheint vielen Zeitgenossen als eine Sache nationalen Haders, den die Südtiroler mit ihren Sprengstoffanschlägen verschärfen. Die bittere Wahrheit ist die: Die Südtiroler sind planmässig national und wirtschaftlich in eine zweitrangige Stellung gedrängt worden. Wenn sich nicht rasch etwas ändert, wird die Existenz der Südtiroler vor allem von der sozialen und wirtschaftlichen Seite her in Frage gestellt sein. Die Entwicklung Bozens zeigt z.B. die Lage, wie sie ist. 1910 lebten in Bozen 16 677 Südtiroler und 1 605 Italiener. Bei den Gemeindevahlen am 28.5.1961 wurden für die deutsche Edelweiss-Liste (SVP) 10 536 Stimmen, für die italienischen Listen 34 731 Stimmen abgegeben. (Da es in Italien nicht erlaubt ist, selbständige Statistiken zu erheben, musste die Gegenüberstellung 1910 = Einwohner : 1961 = Wähler so erfolgen. Die Volkszäh-

lung im Jahre 1951 ergab folgendes Bild: 15 094 deutsche Südtiroler und 58 488 Italiener.)

In der italienischen Staatsbilanz erscheint jährlich ein Posten von 600 Millionen Lire zur Verteidigung der "Italianität" in den Grenzgebieten. 1957 (Siehe 42. Sitzung des österreich. Parlaments, VII. Gesetzgebungsperiode, S. 1723) erklärte der SPÖ-Abgeordnete Ruppert Zechtl: "Über 4 000 Südtiroler haben, der Not gehorchend, ihre Heimat verlassen müssen, um im Ausland Arbeit zu finden. Die soziale Verdrängung ist die härteste und unerbittlichste Waffe im Volkstumskampf".

Der südtiroler Arbeiter kann heute in seiner Heimat nicht mehr konkurrieren, da er ständig von Italienern aus Kalabrien "unterwandert" wird, die jede staatliche Hilfe erhalten. Von den staatlich geförderten Volkswohnungen aller Art (INA-Casa) wurden bisher 94,6 % an Italiener und 5,4 % an Südtiroler vergeben, obwohl in der Provinz Bozen insgesamt 2/3 der Bevölkerung deutsch sind. An den Vorteilen moderner Industrialisierung und an den Aufstiegsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst haben die Südtiroler keinen Anteil.

Autonomie - einzig tragbare Lösung

Diese Tatsachen können nicht bestritten werden. Aber, so heißt es, man solle sich nicht in inneritalienische Dinge einmischen. Das wollen wir auch nicht tun. Rechtlich besitzt Deutschland auch keine Möglichkeit, unmittelbar in die Verhältnisse Südtirols einzugreifen. Zu diesem Problem äußerte sich Dr. Stresemann bereits im Februar 1926 im Deutschen Reichstag. Der deutsche Außenminister sagte damals: "Es gibt nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral. Man hat durch die Friedensverträge von 1919 die Grenzen Europas verändert. Man hat Millionen deutscher Staatsbürger unter fremde Oberhoheit gebracht im vollsten Gegensatz zu der Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das man so stolz als Grundsatz im Krieg proklamiert hatte. Wir haben die dadurch geschaffene Lage geachtet und haben in Erfüllung dessen, was ein unmenschlicher Friedensvertrag uns auferlegt hat, mehr als irgendein anderes Volk der Erde getan. Aber das Recht des deutschen Volkes, mit den in einem anderen Staate lebenden Menschen gleichen Blutes mitzuempfinden und zu fühlen, ist ein Recht, das wir uns von niemand nehmen und bestreiten lassen... Wir haben keine Gegensätze mit dem italienischen Volke, wir wollen mit ihm, wie mit allen anderen Völkern, in Frieden leben, aber zur Grundlage des Friedens gehört auch jene Selbsterhaltung, ohne die ein Volk vor sich selbst und nach aussen hin nicht bestehen kann".

Die österreichische Regierung strebt danach, dass der Provinz Bozen Autonomie gewährt wird. Sie ist sich in dieser Forderung mit den politischen Sprechern der Südtiroler einig. Autonomie ist denn auch eine für beide Teile tragbare Lösung und das einzige Mittel, die Spannungen zu beseitigen.

Vermischung von Staats- und Parteimacht

sp - Das Gefühl für Sauberkeit im öffentlichen Bereich scheint der CDU verlorengegangen zu sein. Nur so ist es zu erklären, dass sie es in Ordnung findet, wenn der Bundeskanzler auf Wahlreisen, wo er als CDU-Kandidat um das Kanzleramt in der vierten Legislaturperiode des Bundestages auftritt, ein Flugzeug der Bundeswehr benutzt, ohne es zu bezahlen. Niemand wird dem Bundeskanzler die Benutzung eines Flugzeuges verwehren. Die Bürde seines Amtes erfordert seine ständige Anwesenheit in Bonn, auch ist ihm bei seinem hohen Alter nicht zuzumuten, wochenlang der gewohnten häuslichen Atmosphäre seines Rhöndorfer Heimes zu entraten.

Das alles rechtfertigt freilich nicht, dass er ausgerechnet ein Flugzeug der Bundeswehr für seine Wahlreisen beansprucht und dadurch ein Privileg erhält, das anderen verweigert wird. Was hat die Bundeswehr mit dem CDU-Wahlkampf zu tun? Die Bundeswehr untersteht dem Staat, keiner Partei. Ihre Einrichtungen und ihr Material werden aus Steuergeldern gezahlt. Das weiss natürlich auch der Bundesverteidigungsminister. Dennoch lässt er es zu, dass das von ihm geführte Ministerium zur Parteifinanzierung missbraucht wird und zwar zugunsten der CDU. Das verstösst gegen die guten Sitten und gegen den Grundsatz der Gleichheit der Chancen - ein Elementargrundsatz der Demokratie.

Die Zeit liegt ja noch nicht allzufern zurück, in der Staat und Partei eine Einheit waren. Das führte zu schrecklichen Entartungserscheinungen. Fühlt sich die allmächtige CDU schon als ausschliessliche Staatspartei, der alles erlaubt ist, was der Partei nutzt, auch wenn es das Gefühl für Sauberkeit verletzt? Aus der Vermischung von Partei- und Staatsmacht kann niemals etwas Gutes kommen. Aber dafür hat wohl der Bundeskanzler kein Gespür, er ist es gewohnt, sich selbst mit dem Staat gleichzusetzen. So kann nur jemand handeln, dem die Macht alles und demokratische Fairness nur wenig, wenn überhaupt etwas gilt.

Peinlich für die Kieler CDU

sp- Dem schleswig-holsteinischen Finanzminister Dr. C. A. Schaefer (CDU) steht jetzt eine langwierige verwaltungsjuristische Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Polizei- und (SS-)General Otto Winkelmann, dem heute noch höchsten lebenden Polizeioffizier aus der nationalsozialistischen Zeit, bevor, wie er ihn mit den beiden noch am Leben befindlichen höchsten Juristen Hitlers, Oberreichsanwalt Lautz und Staatssekretär a. D. Schlegelberger, durchstehen muss. 16 Jahre nach Kriegsende ist nämlich darauf hingewiesen worden, dass Winkelmann sich als höherer Polizeiführer während des Krieges in Ungarn möglicherweise bei den "Judenaktionen" vergangen haben kann. Jedenfalls hat Winkelmann, ein früherer Ratsherr der CDU in Kiel, der heute dem Gemeinderat in Bordesholm bei Kiel angehört, seit über einem Jahrzehnt monatlich 1.705,82 DM als Ruhegehalt eines Polizeiobersten an jedem Ersten durch das Pensionsamt der Landesregierung in Kiel erhalten.

Winkelmann, der am 4. September 1894 in Dortmund geboren wurde, avancierte am 20. April 1940, an Hitlers Geburtstag also, zum General. Bereits am 1. November 1932 war er der NSDAP beigetreten. Man weiß, dass dieser Pensionär sich seit vielen Jahren bei Beamten im Kieler Innenministerium um die Besetzung der hohen Polizeiämter in Schleswig-Holstein sorgt, um nicht zu sagen, auf die Personalpolitik der Polizeiabteilung Einfluss nimmt. Auch der Einfluss des Winkelmann als Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Polizeioffiziere ist nicht zu unterschätzen.

Das schleswig-holsteinische Finanzministerium überprüft gegenwärtig die Pensionszahlungen an Winkelmann, wobei die Frage im Vordergrund steht, ob er sich nach dem § 3 des 13ler-Gesetzes nicht der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hat. Hier geht es vor allem um die Tätigkeit des Winkelmann in Ungarn. Winkelmann wurde hier im März 1944 durch Hitler zum obersten Polizeiführer ernannt. Kurz danach begannen dort die gegen die Juden

gerichteten Ausschreitungen und Deportationen.

Hitler wies damals den SS-Polizeiführer in Ungarn (mit dem Hinweis auf die für das Vorgehen gegen die Juden gestellte Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei im Konzentrationslager Mauthausen) an, es handele sich "um Aufgaben der SS und Polizei in Ungarn und (um) besondere Massnahmen durchzuführen, die in Verbindung mit dem Judenproblem stehen". Diese Tätigkeit von Winkelmann wird übrigens ebenso wie die vorhergehende eines Kommandeurs der Ordnungspolizei als Nachfolger des berüchtigten Kurt Dalueges in der Zeit von 1942 bis 1944 durch die Ermittlungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg überprüft.

Es hat bereits erhebliches Aufsehen hervorgerufen, dass Winkelmann in Bordesholm kommissarisch als Zeuge für den Eichmann-Prozess vernommen worden ist, nachdem die Regierung in Israel es abgelehnt hatte, dem von Anwalt Servatius benannten Entlastungszeugen für Eichmann das freie Geleit für Israel zu geben. Die Interessen der Anklage des Staates Israel nahm der Rechtsanwalt Schimron von der diplomatischen Vertretung Israels in Köln wahr.

Es ist bezeichnerfür die Atmosphäre in Schleswig-Holstein, dass Winkelmann einer der CDU nahestehenden Zeitung gegenüber erklären konnte, er sei Polizeigeneral und nicht SS-General gewesen, während die Reichsranliste mit dem Stand vom 1. September 1941 ausweist, dass Winkelmann am 20.4.1940 eben "nur" General geworden ist. Winkelmann meinte sogar, es sei besonders empörend, dass das Finanzministerium in Kiel jetzt mit der Überprüfung seiner Pension begonnen habe.

Das Finanzministerium wiederum hat sich beeilt, mitzuteilen, bei der Feststellung der Pension sei man von der Tatsache ausgegangen, dass Winkelmann nach dem Kriege ohne Einschränkungen entnazifiziert wurde, weil er als oberster Polizeiführer in Ungarn einen allgemein menschlichen Standpunkt vertreten habe. Auch ein ungarisches Gericht sei damals zu der Auffassung gelangt, Winkelmann habe sich von Unrechtstaten freigehalten.

* * *
Verantwortlich: Günter Markscheffel